

Frühgeburten: Dem Nordwesten droht ein Versorgungsengpass

Im Zuge der Krankenhausreform stehen mehrere Perinatalzentren der Stufe 1 in Schleswig-Holstein auf der Streichliste – darunter auch am Westküstenklinikum Heide. Der SSW ist alarmiert und macht sich mit einer Resolution für den Erhalt stark.

Wenn Babys zu früh auf die Welt kommen, entscheiden oft Sekunden, Glück und die Kompetenz der nächstgelegenen Klinik über Leben oder Tod. Die optimale Versorgung bietet ein Perinatalzentrum der Stufe 1, welches Frühchen unter 1250g Geburtsgewicht oder vor der 29. Schwangerschaftswoche geborene Babys versorgen kann. Dem nördlichen Landesteil droht nun ein potentiell lebensbedrohlicher Kahlschlag. Die Krankenhausreform der Bundesregierung sieht vor, dass das Level 1-Zentrum für Früh- und Neugeborenenmedizin am Westküstenklinikum Heide wegfällt bzw. heruntergestuft wird – und das schon ab dem 1. Januar 2026. Das gleiche Schicksal droht den Standorten Flensburg und Itzehoe. „Das Szenario gleicht einem Kahlschlag der Frühgeborenen-Versorgung im nördlichen Landesteil“, warnt Sybilla Nitsch, Landesvorsitzende des Südschleswigschen Wählerverbands. „Für Eltern und Säuglinge aus Nordfriesland bedeutet das weite Wege nach Kiel. Das ist eine Riesenbelastung und könnte im Zweifel Menschenleben gefährden“, warnt die Husumerin.

[Mit einer Resolution](#) setzt sich der SSW nun für den Erhalt des Level 1-Zentrums am Westküstenklinikum Heide sowie in Flensburg ein. „Wir fordern eine adäquate, möglichst wohnortnahe Versorgung von Frühgeborenen und deren Familien überall in Schleswig-Holstein, auch außerhalb der Ballungszentren. Diese muss auch aktuelle Entwicklungsprognosen für die Zu- bzw. Abnahme regionaler Bevölkerungsstärken berücksichtigen. Die Planungen, die eine Unterversorgung des Nordwestens Schleswig-Holsteins bewirken, müssen zurückgenommen werden“, heißt es darin. Ein direkter Appell geht auch an die Landesregierung: Sie wird aufgefordert, „von ihrer

Möglichkeit Gebrauch zu machen, den Prozess der Mindestmengenregelung des Gemeinsamen Bundesausschusses auf die Versorgungsrealität und die Besonderheiten unseres Flächenlandes Schleswig-Holstein anzupassen“. Die Resolution soll am kommenden Samstag beim Landesparteitag in Husum verabschiedet werden.

Der Kreisvorsitzende des SSW in Nordfriesland, Jörn Fischer, erklärt: „Würden die Perinatalzentren in Heide und Flensburg geschlossen, wären Schwangere und deren Familien aus dem gesamten nördlichen Landesteil – insbesondere von der nördlichen Westküste – deutlich schlechter gestellt als alle anderen Frauen im Land. Sie müssten teils wochenlang als Schwangere mit Komplikationen oder drohender Frühgeburt in Kliniken fernab ihres Heimatorts, ihrer Familien und sozialen Beziehungen bleiben. Nach der Geburt eines extrem früh geborenen Kindes kann das monatelang dauern. Die Belastung für die Familien wäre unzumutbar.“ Er weist außerdem darauf hin, dass das Team der Geburtshilfestation in Husum im Fall der Reform deutlich mehr als die aktuell etwa 40 Minuten überbrücken müsste, bis Fachpersonal mit einem speziellen Transportinkubator aus Heide eintrifft. „Das zeigt, wie kontraproduktiv und sogar lebensbedrohlich solche Vorgaben besonders in ländlichen Regionen wirken können“, so Jörn Fischer.